



## Early Journal Content on JSTOR, Free to Anyone in the World

This article is one of nearly 500,000 scholarly works digitized and made freely available to everyone in the world by JSTOR.

Known as the Early Journal Content, this set of works include research articles, news, letters, and other writings published in more than 200 of the oldest leading academic journals. The works date from the mid-seventeenth to the early twentieth centuries.

We encourage people to read and share the Early Journal Content openly and to tell others that this resource exists. People may post this content online or redistribute in any way for non-commercial purposes.

Read more about Early Journal Content at <http://about.jstor.org/participate-jstor/individuals/early-journal-content>.

JSTOR is a digital library of academic journals, books, and primary source objects. JSTOR helps people discover, use, and build upon a wide range of content through a powerful research and teaching platform, and preserves this content for future generations. JSTOR is part of ITHAKA, a not-for-profit organization that also includes Ithaka S+R and Portico. For more information about JSTOR, please contact [support@jstor.org](mailto:support@jstor.org).

## Ueber Begriff und Wesen der Polizei.

---

Von K. H. Rau.

---

Der Verfasser dieses Aufsatzes hat schon vor 15 Jahren bei der Anzeige des Dictionnaire de Police von Elouin, Trébuchet et Labat im 3. Bande seines Archivs seine Ansicht von dem in der Ueberschrift genannten Gegenstande ausgesprochen. Diess konnte dort nur kurz geschehen, es konnten manche Zweifel und Einwürfe nicht berührt werden, weil eine Recension nicht für eine ausführliche Entwicklung Raum hat und diese an solcher Stelle auch nicht erwartet und gesucht wird. Eine wiederholte und vollständigere Erörterung wird nach Allem, was in der Zwischenzeit von Anderen gesagt worden ist, noch nicht als überflüssig erscheinen, denn *adhuc sub judice lis est*. Der Verfasser fühlt eine besondere Aufforderung, sich über das System der Polizei zu erklären, weil er alle, die wirthschaftlichen Zwecke betreffenden Maassregeln aus jener in die Volkswirtschaftspolitik zu setzen versucht hat. Zwar liegt eine Rechtfertigung dafür in dem Eindruck des Zusammengehörigen, Einheitlichen und Geschlossenen, welchen der Inhalt der Volkswirtschaftspolitik zu verursachen vermag, allein es kann immer noch der Zweifel bleiben, ob nicht durch das Ausscheiden eines ansehnlichen Theiles der nothwendige Zusammenhang der Polizeiwissenschaft zerrissen und diese verstümmelt werde. Es soll hier gezeigt werden, dass diess nicht der Fall ist, dass vielmehr auch die ausgeschiedenen Theile an innerem Zusammenhang gewinnen.

---

Die Polizei ist der gordische Knoten, die dunkle Stelle in den staatswissenschaftlichen Büchern und mancher Verfasser eines Lehrgebäudes der Staatswissenschaft oder des sog. allgemeinen Staatsrechts <sup>1)</sup> wird sich, wenn er an jenen Gegenstand kam, eines unbehaglichen Gefühls von Unsicherheit und Unklarheit nicht haben erwehren können. Es sind wie früherhin, so auch noch in dem letzten Jahrzehend Erklärungen von der Polizei in so unbestimmten Ausdrücken gegeben worden, dass Niemand daraus sich eine deutliche Vorstellung von dem Gegenstande zu bilden vermochte. Was soll man sich z. B. bei dem Satze denken, dass die Polizeigewalt dazu bestimmt sei, „in den privativen und äusserlichen Verhältnissen des Staatslebens eine dem Staatszweck angemessene Ordnung aufzustellen und zu handhaben“? Gewiss nicht mehr als bei der alten Erklärung des Freiherrn von Hohenthal in seinem *Liber de politia*, 1776; die Polizei sei *congeries mediorum, quae universae reip. splendori atque externae singulorum civium felicitati inserviunt*. Die herrschende Ungewissheit über das Wesen der Polizei ist, wie jede Lücke in der Erkenntniss von Staatsangelegenheiten, auch für die Ausübung im Leben nicht gleichgültig, sie verhindert die Gewinnung fester Grundsätze und eröffnet der Willkühr, der zufälligen individuellen Auffassung ein weites Feld, sie lenkt ferner gute geistige Kräfte von diesem ganzen Gebiete ab, in welchem unverkennbar weniger Fortschritte gemacht worden sind, als in anderen Theilen der Staatswissenschaft. Die Polizei hat ohnehin mit mancher Ungunst zu kämpfen, sie thut den Menschen oft ihrer Meinung nach zuviel, wenn sie ihre Bequemlichkeit durch Verbote oder Gebote stört, und doch wirft man ihr, so oft ein Unglück eintritt, vor, sie habe zu wenig gethan; sie soll viel leisten, während man ihr die Mittel hiezu nicht vergönnt.

---

1) Diese Benennung hat eine Unbestimmtheit in sich, die man vermeiden sollte. Das allgemeine Staatsrecht könnte ein *abstractum* aus dem Staatsrechte der einzelnen Länder sein, ungefähr wie das gemeine deutsche Privatrecht, — oder eine Darstellung der aus dem Wesen des Staates abgeleiteten rechtlichen Grundzüge, also eine spekulative oder rechtsphilosophische Wissenschaft, — oder auch eine Verbindung beider, indem die obersten Grundsätze zur Beurtheilung des positiv Gegebenen angewendet werden.

Die Neigung, sich in viele Angelegenheiten des bürgerlichen Lebens bevormundend einzumischen, hat, wie wir wissen, besonders auf polizeilichem Gebiete leichte Befriedigung erlangen können und desshalb ist die Polizei zum Vorwand für jede, wenn auch überflüssige und offenbar verwerfliche Beschränkung, aber auch zum Gegenstande eines sehr verbreiteten Widerwillens geworden. Die Benennung Polizeistaat wurde gewählt, um ein chinesisches System des übertriebenen Befehlens und Verbietens zu bezeichnen, als wäre die Polizei an und für sich ein fehlerhafter Auswuchs, während sie doch, in verständigen Gränzen gehalten, den Anspruch machen kann, als eine wohlthätige, unentbehrliche Beschützerin geachtet zu werden. Erwägt man hiezu noch das Nebelhafte in der Begränzung der Polizei und die Unmöglichkeit, alles das, was man zu ihr zu rechnen pflegt, in innere Verknüpfung zu bringen, so ist nichts natürlicher, als dass man sich von ihr abwendet und die undankbare Mühe scheut, sie aus dem chaotischen Zustande zu ziehen. In unseren Staaten fährt man fort, die Verwirrung zu verewigen, wenn man z. B. kleine Diebstähle und Betrügereien zu Polizeisachen stempelt. Es wäre ein logisches Kunststück, welches noch Niemanden gelungen ist, eine solche Definition von Polizei aufzustellen, aus der sich ableiten liesse, dass es in ihrer Bestimmung liege, eine Ohrfeige, nicht aber einen Messerstich zu bestrafen.

Um zur Aufklärung dieses Gegenstandes zu gelangen, muss man sich erst vergegenwärtigen, wie die heutige Polizei dem Namen und der Sache nach entstanden ist. Die Polizei unserer Staaten ist ein Gebiet von Regierungsgeschäften, welches sich nicht auf einmal und nach einem Begriffe, sondern nach und nach und in Folge eines Gefühles des Passenden oder Bequemen gebildet hat. Nachdem einzelne Geschäfte dieser Art durch sehr fühlbare Bedürfnisse schon im Alterthum hauptsächlich in den Städten zum Vorschein gekommen waren, wurden diese auch im Mittelalter der Sitz von mancherlei Anordnungen in Bezug auf Bauwesen, Feuersgefahr, Gesundheit, Marktwesen u. dgl. Das Schulwesen und die Armenunterstützung wurden theilweise von der Kirche besorgt. In den Landbezirken übernahm der Gerichtsbeamte zugleich mancherlei solche Veranstaltungen, die, ohne

Richtersprüche zu sein, doch kaum weniger nöthig und wohlthätig schienen, als jene. Späterhin, als gegen Ende des Mittelalters die landesherrliche Gewalt stärker wurde und ihre grössere Macht zu gebrauchen anfieng, fand sie sich ermuntert, manche jener Gegenstände, die bisher lediglich von Stadtobrigkeiten, Geistlichen oder unteren Gerichtsbeamten verwaltet worden waren, in ihren Kreis zu ziehen und durch Gesetze zu behandeln. Diess neue Gebiet von Regierungsgeschäften musste einen Namen haben und man wählte dazu ein Wort, welches bisher zwar schon ziemlich gangbar gewesen war, aber noch keine bestimmte Bedeutung gehabt hatte. Bei Aristoteles ist *Politeia* (πολιτεία) bald Staat, Staatseinrichtung, Staatsverfassung im Allgemeinen, bald im engeren Sinne eine der vernunftgemäss eingerichteten einzelnen Staatsformen, nämlich eine Vielherrschaft. Aristoteles stellt 3 gute Staatsformen auf, Monarchie, Aristokratie, und *Politeia*, ferner 3 Ausartungen oder verschlechterte Formen, Tyrannis, Oligarchie und Demokratie <sup>1)</sup>. Mit der *Politeia* beschäftigt er sich am meisten und diess thaten ihm seine späteren Erklärer und Anhänger in der praktischen Philosophie nach. Das Wort wurde in lateinischer Sprache *politia* geschrieben und wie bei rein-römischen Wörtern das *ti* wie *zi* ausgesprochen, während man hätte -- *thia* sagen sollen. Nur die Engländer haben neben der veränderten Form *policy* und *police* zugleich noch die ältere *polity* behalten, worunter sie ebenso wie die Griechen die Staatsverfassung oder Staatseinrichtung im Allgemeinen verstehen. Noch Hertius (*Elementa civilis prudentiae*, 1712) erklärt ächt-aristotelisch *Politia* als *universi populi imperium ad communem utilitatem* und Christian von Wolff in den Gedanken von dem gesellschaftlichen Leben (6. Ausg. 1747) setzt der *Politie* die Demokratie als ihre Ausartung entgegen <sup>2)</sup>. Die Staatslehre der Alten hatte ein ganz ethisches Gepräge, der Staat, den Platon wie einen Menschen im Ganzen

1) Andere nannten später die gute Vielherrschaft Demokratie, die schlechte Ochlokratie.

2) Zur Geschichte des Namens und Begriffs von Polizei hat Helwing schätzbare Beiträge geliefert: *De politiae apud populos recentiores origine et notione*. Lemgov. 1852. 4.

darstellte, sollte wie der Einzelne streng nach Sittengesetzen regiert werden. Deshalb dachte man auch in später Zeit bei dem Worte *Politeia*, *Politia*, Polizei vorzugsweise an Maassregeln, welche sich auf die Sitten bezogen, und so kam es, dass neben jenem Gebrauche dieses Ausdrucks von den eigentlichen Staatsgelehrten eine andere Bedeutung entstand, nach welcher Polizei mit Ordnung zusammengestellt und als eine Sittenaufsicht betrachtet wurde. So sagt die Reichsregimentsordnung von 1495, „dass die Obrigkeiten sollen Ordnung und Pollucey fürnehmen“, mit dem Nachsatze, dass die Kostspieligkeit und der Ueberfluss aller Stände gemässigt werden sollten; Luxusgesetze waren demnach in der Reichsgesetzgebung die älteste polizeiliche Maassregel. In den 3 Reichspolizeiordnungen des 16. Jahrhunderts und den darauf folgenden zahlreichen Landespolizeiordnungen einzelner deutscher Gebiete erweiterte sich der Umfang dessen, was man zur Polizei rechnete, mehr und mehr, und so entstand in Deutschland, wie in England und Frankreich, der heutige Sinn des Wortes.

Was die Polizei der modernen Staatspraxis, — man könnte sie die positive Polizei nennen — nicht ist, das lässt sich leicht angeben, sie beschäftigt sich nämlich zwar wie die Justiz und Finanz mit inneren Staatsangelegenheiten, aber mit solchen, die nicht zu den beiden genannten Regierungszweigen gehören. Diess ist jedoch offenbar nur eine äusserliche Bezeichnung, keine wahre Begriffsbestimmung, die den Anforderungen der Wissenschaft entspräche. Seit anderthalb Jahrhunderten hat man sich bemüht, eine gute Erklärung zu Stande zu bringen, die Zahl der Versuche ist ansehnlich angewachsen, aber es gelang nicht. Bald griff man zu jenen vieldeutigen, unbestimmten Ausdrücken, welche schon im Eingange erwähnt worden sind, bald gab man Definitionen, die offenbar zu eng waren, bald begnügte man sich damit, nur die Haupttheile des polizeilichen Gebietes aufzuzählen <sup>1)</sup>. Selbst Kant blieb hiebei stehen, indem er sich darauf beschränkte,

1) Hiezu könnte man auch den alten französischen Parlamentspräsidenten Harley rechnen, der, als sich ihm ein neu ernannter Pariser Polizeileutnant vorstellte, während er gerade sehr beschäftigt war, demselben nur die Worte sagte: *Monsieur, sûreté, propreté, clarté!*

zu bemerken, die Polizei habe öffentliche Sicherheit, Gemächlichkeit und Anständigkeit zu besorgen. So hatte schon von Justi geäußert, die Polizei umfasse das, was zur guten Verfassung des bürgerlichen Lebens erfordert wird, vornämlich Erhaltung guter Zucht und Ordnung unter den Unterthanen, Bequemlichkeit des Lebens und Wachsthum des Nahrungsstandes, und auch der französische Staatsrath Macarel wusste nichts Genaueres anzugeben, als dass die Polizei der Inbegriff aller Mittel sei, um die öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ruhe zu bewirken (*Éléments de droit politique*, 1833). Auf die Ordnung haben viele Schriftsteller vorzüglichen Nachdruck gelegt, als sei sie ein besonders hervorleuchtendes Ziel der Polizei. Allein mit diesem Ausdrucke wird die Schwierigkeit nur verdeckt, nicht gehoben. Ordnung ist ein sehr weiter Begriff, unter den mancherlei gebracht werden kann, was den Staat nicht berührt, und aus dem Gesichtspunkte der Ordnung könnte Vieles erzwungen werden, was man nothwendig frei lassen muss. Die unerträglichste Einnischung in harmlose Privatangelegenheiten könnte unter dem Vorwande der Ordnung vertheidigt werden. Es bleibt also erst zu untersuchen, von welcher Art diejenige Ordnung sei, die der Staat aufrecht zu halten berechtigt und verpflichtet ist.

Unsere Staatsgelehrten entschlossen sich meistens schwer dazu, einzuräumen, dass die positive Polizei ein Inbegriff von verschiedenartigen Geschäften sei, dem die innere Einheit fehlt. Sie scheinen vorauszusetzen, die in der Praxis bestehenden Abtheilungen seien unangreifbar und die Wissenschaft habe nur die Verpflichtung, ihren tiefen Sinn zu ergründen. Allein so ist es nicht, und es kann uns kaum Wunder nehmen, dass es sich wirklich nicht so verhält, wenn wir erwägen, wie die Zusammenfügungen entstanden sind. Die Abtheilungen der Regierungsgeschäfte waren überhaupt nicht aus einem staatswissenschaftlichen Plane, sondern aus augenblicklichen Bedürfnissen und Anlässen hervorgegangen, und wurden auch im Laufe der Zeit vorzüglich darnach abgeändert, wie sich die Ausführung gestaltete, wobei auf die Kenntnisse und Fähigkeiten der Beamten für die verschiedenen Theile ihres Wirkungskreises ganz besonders

geachtet wurde. Sehen wir doch ein und dasselbe Geschäft bald diesem, bald jenem Ministerium untergeben, bisweilen nur nach dem Umfange von Kenntnissen des einzelnen Ministers! Für die Begränzung des Umfangs der Polizei war ohne Zweifel das Beispiel von Frankreich wichtig, wo zuerst 1667 in Paris, sodann in anderen Städten 1699 eigene oberste Polizeibeamte ernannt wurden. Der im ersten dieser Jahre bestellte Lieutenant général de police in Paris, der den 2 schon früher vorhandenen *Lieutenants des prévôt de Paris*, dem *Lieutenant civil* und *criminel*, beigelegt wurde, ist das Vorbild, nach welchem die Polizeidirectoren und Commissäre in allen Ländern eingesetzt wurden. Zimmermann hat mit Recht auf dieses folgenreiche Ereigniss aufmerksam gemacht, welches kürzlich Frégier in seiner *Histoire de l'administration de la police de Paris* (1850, 2 Bände) ausführlicher erläutert hat <sup>1)</sup>, nachdem es schon von Delamare (*Traité de la police*, 1729) erzählt worden war. Der letztgenannte Schriftsteller nennt folgende 11 Hauptgegenstände der Polizei: Religion, — gute Sitten — Gesundheit, — Nahrungsmittel, — öffentliche Sicherheit und Ruhe, — Strassen der Städte und Landstrassen (*voirie*), — Wissenschaften und Künste (*arts libéraux*), — Handel, Fabriken und Handwerke, — Hausgesinde, — Armenwesen, womit die ausführliche Aufzählung bei Macarel, 104 Jahre später, grossentheils zusammentrifft. Offenbar walten bei diesen Gegenständen der polizeilichen Thätigkeiten sehr verschiedene Zwecke und sie müssen in sehr ungleichförmiger Weise behandelt werden.

Zur Fortführung der Regierungsgeschäfte in dem schon gezogenen Geleise genügt es allerdings die bestehenden Abtheilungen und die in jeder derselben aufgestellten Vorschriften zu kennen, auch ist es dafür nicht sonderlich störend, wenn in einem Lande etwas zur Polizei gezählt wird, was in einem anderen der Justiz, der Schulbehörde oder einem Finanzcollegium übertragen ist. Allein die Staatswissenschaft kann durch die hergebrachten Abgränzungen der Regierungszweige nicht gebun-

1) Dieses Werk enthält zugleich viele lehrreiche Züge zur Geschichte der Sitten und der gesellschaftlichen Verhältnisse, die eigentlich polizeiliche Ausbeute aus demselben ist aber weniger reich.



den werden. Sie soll nicht bei dem stehen bleiben, was von Seite der Staatsgewalt geschieht, sondern sie hat bei Allem zu erforschen, warum es geschieht und ob es nach der nothwendigen Vernunftbestimmung des Staates geschehen darf oder soll. Sie muss aus dieser höchsten Bestimmung des Staates die einzelnen Zwecke ableiten, denen die Hauptzweige der Regierung entsprechen und in jedem derselben die sämmtlichen einzelnen Maassregeln mit dem anerkannten Zwecke in Zusammenhang bringen. Es darf hiebei nicht eine blossе undeutliche Vorstellung des Nützlichen oder Angemessenen entscheiden, man darf sich nicht mit dem höchst schwankenden Begriff der allgemeinen Wohlfahrt (*salus publica*) oder der Glückseligkeit der Bürger begnügen, sondern muss kenntliche Gränzen der Staatsthätigkeit ziehen. Diese Gränzen werden freilich nur in Ansehung der Zwecke allgemein angegeben werden können, denn was die Mittel betrifft, so geht die Staatsthätigkeit bekanntlich mehr oder weniger weit, je nachdem ihre Einwirkung durch die einzelnen Bürger oder die Privatvereine weniger oder mehr entbehrlich gemacht wird. Der Staat greift nur da ein, wo es Bedürfniss ist, wo die Privatbestrebungen für einen zum Wohl des Ganzen gehörenden Erfolg unzulänglich sind, und diess ist unter verschiedenen Umständen der Zeit und des Raumes nicht in gleicher Weise der Fall. In der Beförderung eines Gewerbszweiges, in der Armenversorgung und dgl. wird in neuerer Zeit durch freie Privatvereine der Staatsgewalt manche Mühe abgenommen; dagegen kommen auch im Fortgang der gesellschaftlichen Entwicklung manche neue Uebelstände zum Vorschein, manche Missverhältnisse waren auch schon vorhanden und werden nur späterhin erst deutlicher erkannt.

Die Staatswissenschaft, von welcher die Polizeiwissenschaft ein Theil ist, kann demnach nicht bei dem in der Ausübung herkömmlichen Umfang der Polizei stehen bleiben, wie es etwa die Kameralwissenschaft im vorigen Jahrhundert that; sie soll nicht blos beschreiben, sondern überblicken und ordnen, und es ist ihr die Befugniss nicht abzusprechen, zu trennen, wo sie Ungleichartiges beisammen findet. Diesen Grundsatz erkannte auch R. von Mohl an, als er in seinem vortrefflichen Werke „die

Polizeiwissenschaft nach den Grundsätzen des Rechtsstaates“ die mangelnde Einheit dadurch herzustellen unternahm, dass er die Verhütung der von Menschen ausgehenden Sicherungsstörungen von der Polizei ausschied und der Justiz zutheilte. Obgleich es von Zimmermann entschieden gemissbilligt wird, wenn man bei dieser Veranlassung auf die Zwecke des Staates zurückgeht, so wird doch zu einer befriedigenden und begründeten Eintheilung der Regierungsthätigkeiten und zu einer darauf gestützten Bestimmung des Wirkungskreises der Polizei jenes Anknüpfen an die Aufgabe der Staatsgewalt im Ganzen nicht zu entbehren sein.

Ohne gerade einen strengen Beweis zu fordern, hat man in unserer Zeit ziemlich allgemein angenommen, dass die Staatsgewalt drei Hauptzwecke zu verfolgen habe, Sicherheit, Wohlstand und Bildung. Diese drei werden auch bei tieferem Eindringen in den Gegenstand als richtig erkannt. Die Vervollkommnung und allseitige Ausbildung des menschlichen Wesens ist nur dann möglich, wenn die Menschen in inniger Berührung mit anderen, wenn sie in der Gesellschaft leben. Hieraus folgt, dass diesem Zusammenleben auch diejenige Einrichtung gegeben werden müsse, welche für diese Ausbildung die günstigste ist; es muss eine Anzahl von Menschen oder vielmehr von Familien, die einen Abschnitt der Erde, ein Land bewohnen, ein selbstständiges und unabhängiges Ganzes bilden, sich einer aus ihrer Mitte herstammenden höheren Gewalt unterordnen und ihre Freiheit soweit beschränken, als es erforderlich ist, damit durch äussere Veranstaltungen die Annäherung an jenes Ziel befördert werden könne. Die Vernunftbestimmung des Staates ist also die der Menschheit, nur auf ein einzelnes Volk bezogen, und innerhalb der Gränzen einer äusseren Einwirkung <sup>1)</sup>. Nun lässt sich Alles, was den Einzelnen vernünftiger Weise wünschenswerth und dem Staate befördernswerth erscheint, als Gut bezeichnen. Die Güter sind theils Zustände und Eigenschaften der Personen, theils sachliche Mittel für diese persönlichen Güter, Sachgüter,

---

1) Organisation des Sittlichen, Ausbildung einer organisch-sittlichen Persönlichkeit etc. sind nur verschiedene Ausdrücke für einen und denselben Hauptgedanken, der bis auf Platon und Aristoteles zurückzuführen ist, und den auch die heutige Philosophie annimmt.

die also nicht an und für sich, sondern in ihrer Beziehung auf die menschlichen Absichten, zu Gegenständen der Thätigkeit werden. Demnach muss die Wirksamkeit des Staats theils auf Personen, theils auf Sachgüter gerichtet sein. In Bezug auf beide ist aber zweierlei zu erstreben, nämlich die Erhaltung der schon vorhandenen Güter, und die Vermehrung derselben. Zur Erhaltung gehört nicht blos, dass die vorhandenen Güter gegen Zerstörung und Verschlechterung geschützt werden, sondern auch, dass die Verfügung der Menschen über die ihnen zustehenden Güter nicht gehemmt werde, wie es z. B. durch Diebstahl und Raub geschieht. Der Zustand des ungestörten Besitzes der einer Person angehörenden Güter kann überhaupt Sicherheit genannt werden, die Sorge für die Sicherheit ist die Beschützung. Diess ist demnach das Ziel der erhaltenden Staatsthätigkeit, und dieselbe erhält durch den gegebenen Umfang der vorhandenen Güter ihre Begränzung. Die beschützende Wirksamkeit kann insofern eine negative genannt werden, als sie nur alle Störungen, Hemmungen und Angriffe von dem schon erworbenen Vorrath der Güter beider Art entfernen, aber nichts Neues schaffen soll. Die fördernde Thätigkeit hat kein solches begränztes Ziel, da der Anwachs von Gütern beider Art ein unendlicher sein kann, indess wird er durch den unvermeidlichen Untergang von Gütern zum Theile wieder aufgehoben und diese unaufhörliche Verminderung macht gerade die gütervermehrnde Sorgfalt besonders nothwendig; Menschen sterben, Sachgüter werden verbraucht, und die Lücke muss durch die Heranbildung eines neuen Geschlechts und neue Produktion ausgefüllt werden. Die Beschützung in denjenigen Fällen, wo die Macht der Einzelnen nicht zureicht, steht mehr in der Gewalt der Regierung, als die Mehrung der Güter, denn zu dieser müssen die Einzelnen selbst viel thun. Die Bildung jeder Art, geistige, sittliche, religiöse, ästhetische u. s. w. muss durch eigene Thätigkeit errungen und kann nur erleichtert, gefördert werden, z. B. durch dargebotene Unterrichtsanstalten. Die Erzeugung der Güter und der Erwerb derselben durch Einzelne vermittelt der Vertheilung beruhen ebenfalls auf dem wirthschaftlichen Fleisse derselben, der nur von Hindernissen befreit, unterstützt und geleitet zu werden

braucht. Die Staatsgewalt findet ein System wirthschaftlicher Thätigkeiten vor, die Volkswirtschaft, deren Natur sie erforschen und die sie unterstützen soll. Daher ist die Unterscheidung der schützenden und der fördernden Regierungsthätigkeit eine durchgreifende. Wir finden sie schon von dem höchst verdienstvollen und geistreichen Schläzer aufgestellt, mit der Bezeichnung der *fines negativi* und *positivi* des Staates.

Die Beschützung äussert sich sowohl gegen das Ausland, als im Inneren. Dass in der erstgenannten Hinsicht die Staatsvertheidigung (Militärwesen) und die auswärtigen Verhandlungen ihre Stelle finden, bedarf kaum nur erwähnt zu werden. Im Innern ist ebenfalls eine zweifache Art der Beschützung möglich.

1) Verletzungen der Sicherheit, d. h. Störungen in der freien Verfügung der Menschen über die in ihrer Gewalt befindlichen Güter, wenn sie von Menschen ausgehen und wissentlich unternommen werden, können als Unrecht betrachtet werden. Diess ist ein Angriff gegen die sittliche Ordnung, der der Bestimmung des Staates durchaus widerstreitet, indem er eine Grundbedingung des vernünftigen Beisammenlebens, die Achtung des Freiheitsgebietes für jedes Mitglied der Gesellschaft angreift. Jede Ungerechtigkeit ist von dieser Seite, formell betrachtet, ein Uebel, gegen welches die Staatsgewalt einwirken muss. Sie hat folglich den Willen der Bürger zur Achtung der Rechte zu bestimmen. Zu diesem Behufe giebt sie den Rechten, die schon vor aller Gesetzgebung des Staates als sittliche Forderung vorhanden sind, einen bestimmten Ausdruck und eine weitere Ausführung (Gesetzgebung über bürgerliches Recht), regelt das Verfahren, durch welches im einzelnen Falle jedes zweifelhafte Recht aufgehellt, jedes verweigerte geltend gemacht wird (bürgerlicher Prozess), bedroht gewisse gewalthätige und der rechtlichen Ordnung gefährliche Rechtsverletzungen mit Strafe und verwirklicht bei geschehenen Handlungen die Drohung (Strafrecht, strafrechtliches Verfahren). Da der rechtswidrige Wille, ehe er sich durch die That kund giebt, unerforschlich ist, so kann die hier bezeichnete Klasse von beschützenden Maassregeln, die Justiz (Rechtsanstalt) immer erst nach der erfolgten ungerechten Handlung angewendet werden. Die Ju-

stiz wirkt also nur wiederherstellend oder befestigend <sup>1)</sup>).

2) Störungen der unter 1) genannten Art können aber auch als materielle Uebel betrachtet werden, indem sie irgend einen Nachtheil in dem Zustande der Person hervorbringen, sei es ein körperliches Leiden, oder ein Hinderniss in der Erreichung gewisser Zwecke, eine Entbehrung u. dgl. Von dieser Seite kann die Nachlässigkeit eben soviel Schaden anrichten, als der böse Vorsatz, eine Naturkraft soviel als eine menschliche Handlung. Gegen diese Art der Uebel vermag die Justiz nicht zu schützen, weil sie immer erst nachkommt, wenn dieselbe schon eingetreten ist, und sie oft nicht ganz wieder aufheben kann. In der Zwischenzeit bis zur Wiederherstellung dauert die Störung fort, mancher Schaden ist unersetzlich (Leben, Gesundheit), der Urheber einer Störung ist bisweilen ausser Stand, den Ersatz, wo er möglich wäre, zu leisten, und die Strafe des Verbrechers fügt sogar noch ein zweites Uebel hinzu. Hieraus erklärt sich das Bedürfniss einer Sorgfalt der Regierung zur Verhütung solcher Uebel, d. h. zu Maassregeln, die das Eintreten derselben verhindern oder erschweren. Diess geschieht so, dass man die Ursachen der Störungen und die begünstigenden Umstände ins Auge fasst und gegen beide zweckmässige Vorkehrungen richtet, also durch eine Vorbeugung, und in dieser besteht die Aufgabe der Sicherheits- oder Schutzpolizei. Die Justiz straft den Brandstifter und denjenigen, der durch Fahrlässigkeit die Entstehung einer Feuersbrunst verursacht hat, die Polizei überlegt, welche Umstände den Ausbruch eines Feuers bewirken oder erleichtern, und bekämpft dieselben, sie entfernt feuergefährliche Einrichtungen der Gebäude, verbietet unvorsichtiges Behandeln des Feuers und Lichtes, ordnet Löschanstalten an u. dgl. Wenn die Polizei Strafgesetze unter ihre Mittel aufnimmt, so sind

---

1) Eine Ausnahme hievon macht die sog. Rechtspolizei, *jurisdictio voluntaria*, ein zwischen beiden Gebieten schwebendes Mittelding, welches wie die Polizei verhütet, aber wie die Justiz das Recht vollzieht und befestigt und dadurch dem Streite oder Verluste zuvorkommt. Sie ist eine Art von Rechtsbeistand, der im Ganzen doch mehr den Charakter der Justiz als der Polizei an sich trägt.

doch die von ihr verpönten Handlungen andere als diejenigen, welche von der Justizgewalt mit Strafe bedroht werden, es ist nicht schon die Rechtsverletzung selbst, sondern der Weg zu ihr. Es ist nicht unrecht, einen Balken nahe am Feuerheerde in die Wand einzulassen oder mit brennender Cigarre in die Scheune zu gehen, allein weil aus diesen Handlungen sehr leicht grosser Schaden und grosses Unrecht erwachsen kann, so wird eine ganze Gattung solcher Handlungen allgemein untersagt. Bewirkt nun das Polizeigesetz, dass dieselben unterbleiben, so wird damit dem Feuerschaden vorgebeugt <sup>1)</sup>. Die hier beschriebene vorbeugende Beschützung darf als Kern der Polizei angesehen werden, schon weil gerade sie jene unausgesetzte Bewachung und Aufsicht nothwendig macht, die man als Kennzeichen der polizeilichen Wirksamkeit anzusehen pflegt. Diesen Widerstand gegen die Ursachen der Sicherheitsstörungen hatte Henrici im Auge, als er der Polizei den Beruf zuerkannte, die Sicherheit auf dem Wege des physischen Causalzusammenhangs zu befördern. Wenn Zimmermann zu dem Vorbeugen noch die Wachsamkeit zur Entdeckung der beginnenden und das Hemmen der bereits eingetretenen Störungen, sowie das Spähen nach den Urhebern begangener Verletzungen zählt, so ist diese Hinzufügung dreier anderer Obliegenheiten nicht nöthig, weil sich diess Alles unter den Begriff des Vorbeugens bringen lässt. Das Hemmen, z. B. des schon flammenden Feuers, ist nur ein Vorbeugen gegen weiteres Uebel, nachdem einiges schon erfolgt ist, die Aufmerksamkeit auf jedes Kennzeichen einer nahenden Gefahr ist eine Vorbedingung für das rasche Bekämpfen derselben, und der Beistand, den die Polizei der Justiz beim Erspähen und Ergreifen der Schuldigen leistet, kann ebenfalls daraus erklärt werden, dass die Ungestraftheit des Verbrechers neue Unthaten besorgen lässt.

---

1) Es ist übrigens bekanntlich keineswegs nöthig, dass die Polizeibehörden die aus polizeilichen Gründen angedrohten Strafen selbst zuerkennen, vielmehr verdient die Errichtung von Polizeigerichten, denen der Polizeibeamte die Uebertreter anzeigt, den Vorzug, wie es nach dem Vorgang von Grossbritannien und Frankreich neuerlich in mehreren deutschen Staaten geschehen ist.

Die fördernde Regierungssorge, wie es aus den vorstehenden Andeutungen hervorgeht, richtet sich sowohl auf die Personen als auf die Sachgüter, oder vielmehr auf das Verhalten der Menschen in Bezug auf die Sachgüter. Den ersteren entspricht die Volksbildungssorge (Culturpolizei u. s. w.), in welcher das Verhalten der höchsten Gewalt gegen Kirche und Schule, sowie alle Anordnungen für die Anregung allseitiger Bildungsbestrebungen, auch die Bestrafung der öffentlich auftretenden Unsittlichkeit begriffen sind. Bei den Sachgütern erscheinen wieder zwei wesentlich verschiedene Zwecke, denn es soll nicht bloß allen Staatsbürgern die reichliche Versorgung mit solchen Hilfsmitteln erleichtert, sondern auch die Staatsgewalt selbst mit dem Bedarfe an solchen Gütern ausgestattet werden, um für alle Staatszwecke den erforderlichen Aufwand zu machen. So entsteht die Nothwendigkeit einer Volkswirthschaftspflege oder Wohlstandssorge und einer Regierungswirtschaft, die man Finanzverwaltung zu nennen gewohnt ist. Es möchte überflüssig sein, hier die Unentbehrlichkeit dieser fördernden Thätigkeiten darzuthun, denn sie ist nicht allein bei dem Finanzwesen, sondern auch bei den zwei früher genannten Zweigen sowohl allgemein üblich als allgemein in der Wissenschaft anerkannt. Was sollte auch die Regierung abhalten, unmittelbar für Wohlstand und Bildung des Volkes in allen Fällen zu wirken, wo sie Mittel hiezu hat, da beide unzweifelhaft zu den mit Nothwendigkeit gebotenen Strebezielen sowohl für die Einzelnen als für die ganze bürgerliche Gesellschaft gehören und die offenbare Unzulänglichkeit der Privatbestrebungen den Beistand der Staatsgewalt zum Bedürfniss macht <sup>1)</sup>?

Ueber die beiden, als selbstständig neben der Polizei-, Finanzwissenschaft u. s. w. einzureihenden Theile der Politik, nämlich die Volkswirthschafts- und Volksbildungs-

---

1) Neben den hier aufgeführten Haupttheilen der Regierungsgeschäfte giebt es noch mehrere, die keinen einzelnen materiellen Zweck haben, sondern nur einen formalen, z. B. die Leitung der Wahlen zu den Landes- und Provinzialständen und der Verkehr mit denselben, die Wahlen und Ernennungen zu den Gemeindeämtern, — ferner die allgemeinen Anordnungen zur Landesstatistik.

politik, ihr Prinzip, ihren Umfang und Inhalt hier weiter zu sprechen, ist für den Zweck des gegenwärtigen Aufsatzes unnöthig.

Manche Veranstaltungen für volkswirtschaftliche Angelegenheiten sind öfters zu den Sicherheitsmaassregeln gezählt worden, z. B. die sog. Theuerungs- und Armenpolizei. Genauer betrachtet, haben beide mit der Beschützung nichts gemein. Sie sollen wirthschaftlichen Uebeln abhelfen, die aber nicht in Sicherheitsstörungen bestehen. Was den Armen drückt, ist weder eine Verletzung seiner Rechte, noch eine feindliche Naturkraft, sondern die Stockung seines Erwerbes bei der unvermeidlichen Fortdauer seines Verbrauches, die mangelhafte Vertheilung des Volkseinkommens, die nicht Jedem den nöthigen Antheil zufließen lässt. Mit der erhaltenden Staatsthätigkeit ist ihm nicht geholfen, denn er selbst zehrt seinen Gütervorrath auf, es muss ihm also Beistand geleistet werden, dass er ein nothdürftiges Einkommen erlange. Ebenso ist es in der Theuerung, wo die Unfähigkeit vieler Menschen, die nöthigen Lebensmittel zu kaufen, die hohen Preise und die verminderte Erzeugung derselben, die Ursachen der Bedrängnis sind. Das Gleichgewicht des Bedarfes und der Vorräthe, der Preise des Unterhaltsbedarfes und der Einkünfte, sind volkswirtschaftliche Verhältnisse, gegen welche die polizeiliche Vorbeugung nichts vermag.

Demnach ist in der bisherigen positiven Polizei die ganze vorbeugende Schutzthätigkeit mit Theilen der Volksbildungssorge und volkswirtschaftspflege verbunden; mit Theilen der beiden letzteren, nicht mit ihrem ganzen Umfange, weil man nur das der Polizei zuzutheilen pflegte, was von den ausführenden Polizeibeamten und ihrem untergebenen Aufsichtspersonal gut besorgt werden kann. Manches blieb anderen Behörden anvertraut, weil es andere Kenntnisse und Fähigkeiten und andere Vollziehungsorgane erfordert, z. B. die Leitung des Unterrichtswesens durch Schulbehörden, der allgemeinen Bergwerks- und Forstpolizei durch die Staats-Berg- und Forstbeamten, die Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse, Gemeintheilungen u. dgl. Schon längst hat man von der Handelspolizei die Handelspolitik unterschieden, welche die höheren Erwägungen und die Maassregeln



allgemeinerer Art, z. B. Handelsverträge, Zollwesen, Anlegung von Strassen, Canälen, Häfen, Beförderungen der Schifffahrt u. s. w. umfasst. Einige neuere Schriftsteller haben angefangen, diese aus äusseren Beweggründen gemachte Unterscheidung fallen zu lassen und die gesammte Pflege der Volkswirtschaft der Polizei einzuverleiben, wodurch wenigstens der wichtige Vortheil erreicht wird, dass jene als ein vollständiges Ganzes behandelt und an das System der Volkswirtschaftspflege angeknüpft wird. Um volle Klarheit zu erlangen, ist es am besten, wenn man zuvörderst die Hauptzweige des staatlichen Wirkens nach ihren Gegenständen und Zwecken in die oben aufgeführten Gruppen abtheilt, dann aber untersucht, wie die Behörden am vortheilhaftesten einzurichten seien, wobei für Volkswirtschaftspflege und Volksbildungssorge eigene oberste Landesstellen oder Abtheilungen von solchen (Sectionen u. s. w.) als Bedürfniss erscheinen, bei den Mittel- und Unterbehörden (Bezirksamt, Landgericht u. s. w.) aber die Verbindung der Schutzpolizei mit einem Theile jener beiden anderen Gruppen als wohl zulässig angesehen werden darf.

Die Schutzpolizei verfährt ihrer Bestimmung gemäss in den meisten Fällen kraftvoll, rasch, zwingend, denn die Gefahren, welche sie abwenden soll, sind grossentheils wegen der Schwere des drohenden Uebels oder wegen der Wahrscheinlichkeit seines Eintreffens von wichtiger Art. Bald sind Leben oder Gesundheit gefährdet, bald Verluste an Habe zu fürchten, die bisweilen den Getroffenen wirtschaftlich zu Grunde richten oder Viele in Schaden bringen. Daher verlangt man ein schnell und sicher auf das Ziel gerichtetes nachdrückliches Handeln mit unwiderstehlicher Gewalt. Ganz anders verhält es sich mit der Pflege der Volkswirtschaft und Volksbildung, wo die Bestrebungen der Einzelnen vorausgesetzt, geschont, gelenkt und unterstützt werden müssen. Mit Zwang wird oft mehr Schlimmes als Gutes verursacht, doch kann derselbe auch nicht ganz unterlassen werden, z. B. wo der Eine die Anderen in der Verfolgung ihres Vortheiles hindert und dieser zugleich gemeinnützig ist.

Die Schutzpolizei ist die Polizei im engeren und eigentlichen Sinne. Schon seit längerer Zeit haben manche Schriftsteller sie in diesem Sinne genommen, wie einigermassen v. Son-

nenfels, Henrici (1808), Harl (1809), Graf Soden (1817), Emmermann (1819), v. Salza-Lichtenau (1840), Funke (1844), Zimmermann (1845), Behr (1848), auch Bülow der Hauptsache nach, und in dem Wirkungskreise der Polizeibeamten macht sie den grössten Theil des Inhaltes aus. Sehen wir uns z. B. nach den Geschäften des Pariser Polizeipräsidenten um, so finden wir nur weniges Andere als jene vorbeugende Beschützung, z. B. die Sorge für die gehörige Zufuhr von Nahrungsmitteln und die gute Einrichtung der Märkte, für die obrigkeitliche Preisbestimmung des Brodes, für Getreidevorräthe u. s. w. Es muss zugestanden werden, dass in manchen Dingen die polizeiliche und die volkswirtschaftliche Thätigkeit nahe an einander gränzen.

Nach diesen Sätzen wird es nicht auffallend erscheinen, dass Niemand im Stande war, die positive Polizei in einen, den Anforderungen der Logik entsprechenden Begriff zu fassen. Denn die drei nachgewiesenen Bestandtheile bilden keine eigene Abtheilung der Staatsgeschäfte, die man mit gemeinsamen Merkmalen bezeichnen könnte. Dass sie geradezu das Wohl der Bürger befördern, haben sie mit der Rechtspflege gemein, und was die Schutzpolizei von dieser unterscheidet, das Vorbeugen, das passt nicht auf die fördernden Staatsthätigkeiten, in denen wenig Unwillkommenes verhütet, aber desto mehr Wünschenswerthes näher gebracht wird. Wollte man an der gangbaren weiteren Bedeutung des Wortes Polizei festhalten, so wäre es am einfachsten, sie als die Verbindung von drei Theilen zu erklären, die dann die Namen Schutz-, Volkswirtschafts- und Volksbildungspolizei erhalten müssten. Es widerspricht aber sicherlich dem Sprachgebrauch, z. B. die Untersuchungen über den Werth der Universitäten in Vergleich mit den Fachschulen, über den der Kirche oder den verschiedenen Landeskirchen einzuräumenden Grad von Unabhängigkeit, über Creditanstalten und Urbarmachung ebenfalls als Gegenstand der Polizeiwissenschaft anzusehen.

Wie man jedoch auch diesen Ausdruck versteht, ob man den engeren oder weiteren Sinn annimmt, jedenfalls muss man einräumen, dass die Polizei unserer Staaten mancherlei thut, was

in ihrem wahren Berufe nicht begründet ist, sondern ihr nur der Bequemlichkeit willen übertragen wird. Es giebt also aufgetragene, commissorische Geschäfte, die einem anderen Regierungszweige angehören und nur wie durch eine Bevollmächtigung an die Polizeibehörden gekommen sind. Diese haben nämlich

1) geringfügige Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden, bei denen, wenn der versuchte Vergleich nicht zu Stande kommt, die schleunige Fällung des Urtheils nach abgekürztem Verfahren besonders wünschenswerth ist, z. B. die Handel zwischen Lohnkutschern und Reisenden, Dienstboten und Herrschaften, Miethsleuten und Vermiethern.

2) Sie erkennen Strafen geringer Rechtsverletzungen zu, z. B. kleiner Diebstähle, Betrügereien, Körperverletzungen, der Ehrenkränkungen, des Fischens in öffentlichen Gewässern, der Zerstörung oder Beschädigung von fremdem Eigenthum, des Verückens der Gränzen, des Abpflügens von fremdem Lande, der Widersetzlichkeit oder des ungeziemenden Betragens gegen Staatsbeamte u. dgl. Die neuen Polizeistrafgesetzbücher, z. B. von Basel-Stadt, Württemberg und Hannover, enthalten eine ziemliche Anzahl solcher Strafbestimmungen. Es hat zur Unklarheit in den Begriffen ohne Zweifel beigetragen, dass man sich daran gewöhnt hat, Gesetzwidrigkeiten, die mit einer geringen Strafe belegt sind, überhaupt Polizeivergehen zu nennen, blos weil die Untersuchung über sie in den nämlichen abgekürzten Formen geschieht, wie über die wahren Polizeiübertretungen, wobei man ganz unterliess, auf die Wesenheit der verpönten Handlungen, sowie auf den Beweggrund zur Strafandrohung Rücksicht zu nehmen. Daher stehen Strafgesetze aus dem Justizzweck (gegen Rechtsverletzungen) mit solchen, die aus polizeilichen, volkwirthschaftlichen (z. B. Privatlottereien, Zinswucher, Beeinträchtigung eines Erfindungspatentes) und Volksbildungszwecken (z. B. gegen öffentlich erscheinende Unsittlichkeit) herrühren, vermengt. In den Strafgesetzbüchern findet freilich auch eine Scheidung nach den Gründen der Strafandrohung nicht Statt, und man hat sich meistens auch im Strafrecht mit diesen Gründen wenig beschäftigt, wie denn überhaupt die ganze Justizpolitik bis jetzt nur stückweise und gele-

gentlich behandelt worden ist. Die erwähnte Unterscheidung hat zugleich ihre Schwierigkeiten, denn ein einzelnes Strafgesetz beruht oft auf mehreren zusammentreffenden Gründen, z. B. das Verbot des Nachdruckes. Diess dürfte von einer hierauf gerichteten Forschung nicht abhalten, indess entsteht keine solche Begriffsverwirrung aus den Strafgesetzbüchern, wie aus den Polizeistrafgesetzen, weil diese durch ihre Ueberschrift ein engeres Feld ankündigen, als in ihnen ausgebreitet liegt.

3) Die Polizeibeamten wirken als Gehülfen für den Zweck der Staatsvertheidigung zur Aushebung der waffenfähigen Mannschaft mit, und diess ist auch nicht zu missbilligen, denn theils giebt es nicht in allen Bezirken des Landes Militärbehörden, welche die zu jenem Behufe erforderlichen Verrichtungen übernehmen könnten, theils liegt eine grössere Bürgschaft für die streng gesetzliche Ausführung derselben in dem Beistande eines Beamten, der an der Befreiung oder Einreihung eines jungen Mannes im Alter der Wehrpflichtigkeit gar kein besonderes Interesse nimmt.

Es wird nicht überflüssig sein, noch kürzlich zu zeigen, wie sich nach den vorstehenden Betrachtungen das System der Polizeiwissenschaft gestalten lässt. Dieselbe zerfällt zunächst in einen allgemeinen und einen besonderen Theil. Jener handelt überhaupt von den Mitteln, die zur Erreichung der polizeilichen Zwecke dienlich sind. Abgesehen von den Veranstaltungen besonderer Art für einzelne Klassen von Gefahren giebt es zwei allgemeine Mittel, nämlich 1) Gesetze und Verordnungen, von denen vorzüglich die mit Strafandrohung verbundenen näher zu beleuchten sind; 2) Vollziehungsorgane, vom Polizeidiener und Landjäger bis zu der obersten Landesbehörde.

Im besonderen Theile ist die weitere Abtheilung am besten nach den bedrohten Objecten anzuordnen.

I. Die Sicherheit der Einzelnen (Privatsicherheit) ist bedroht:

A) durch unbestimmte Gefahren, zufolge des Daseins einer Klasse von Menschen, die zu einer Besorgniss aus eigener Schuld Veranlassung geben, wobei natürlich hinreichend kenntliche Merkmale der Gefährlichkeit oder Verdächtigkeit

angegeben werden müssen, um individueller Meinung oder Ungunst keinen Spielraum zu lassen; unbestrafte Verbrecher, entlassene Sträflinge in Fällen, wo eine Polizeiaufsicht für nothwendig erachtet wird, — Bettler, Landstreicher, — Unbekannte, wenn unter besonderen Umständen eine ungünstige Vermuthung gegen sie entsteht, die sie durch einen Pass u. s. w. beseitigen können, — Trunkene an öffentlichen Orten. In dieser Abtheilung sind auch die polizeilichen Verwahrungsanstalten oder Zwangsarbeitshäuser abzuhandeln.

**B) Durch bestimmte Gefahren,**

**1) für die Personen.**

**a) Leben und Gesundheit können angegriffen werden:**

$\alpha$ ) durch äussere, gewaltsame Ereignisse, deren es eine grosse Anzahl giebt, Tod oder Verletzung durch Feuer, Wasser, Explosionen, Fuhrwerke, Herabfallen, Mord, Verwundung u. s. w.;

$\beta$ ) durch Störungen in den Verrichtungen der menschlichen Organe. Mag auch eine äussere Veranlassung vorhanden sein (Gift, ungesunde Luft, verdorbene Nahrungsmittel u. s. w.), so ist doch die Wirkung nicht wie bei  $\alpha$ ) bloss mechanisch, sondern organisch, indem die Thätigkeiten der Körpertheile (z. B. des Verdauungssystems, der Blutgefässe) in ihrem regelmässigen Gange gehindert und hiedurch Uebel hervorgebracht werden, die, wie bei Vergiftungen oder dem Einathmen schädlicher Luft, wohl auch ein rasches Lebensende nach sich ziehen. Diese Art von Uebeln erfordert zu ihrer Erkenntniss oder wenigstens zu ihrer Abwendung mehr oder weniger ärztliche Kenntniss. Medizinische Polizei.

**b) Auch die Freiheit und die Ehre der Bürger sind vielen Angriffen ausgesetzt, bei denen aber die Vorbeugung wenig vermag, wesshalb die jenen Gütern gewidmeten Abschnitte nach der Ausscheidung des ohne zureichenden Grund Herbeigezogenen sehr kurz ausfallen.**

**2) Für das Eigenthum, welches gefährdet wird:**

- a) von menschlichen Handlungen (Diebstahl, Raub, Betrug u. s. w.);
  - b) von Naturkräften, bei denen indessen meistens auch Menschen mitwirken und die Vorbeugung grossentheils gegen diese gerichtet wird; Feuersbrünste, Ueberschwemmungen, Viehseuchen, Schaden an Feldfrüchten durch Thiere.
- II. Auch die Staatsgesammtheit kann bedroht sein, es können Staatsverbrechen beabsichtigt werden; Polizei der öffentlichen Sicherheit. Öffentlich bedeutet hier nicht das sog. Publikum, sondern wie das römische *publicus* den Staat im Ganzen. Ein wüthender Hund setzt blos einzelne Privatpersonen in Gefahr, nur weiss man nicht gerade, welche; diess ist also keine Verletzung der öffentlichen Sicherheit, wie bei Majestätsverbrechen, Hochverrath, gesetzwidrigen Handlungen gegen Beamte als solche. Hieher gehört auch das Verhalten in Bezug auf politische Vereine, Versammlungen, Pressvergehen, Aufstand, Aufruhr u. dgl.
-